

Walther L. Bernecker

Staatliche Grenzen – kontinentale Dynamik. Zur Relativität von Grenzen in Lateinamerika

Grenzen hatten und haben in Lateinamerika, wie auch in anderen Teilen der Erde, nach wie vor ihre große Bedeutung, und zu den zahlreich vorhandenen kommen täglich neue hinzu. Staaten oder Staatenbünde markieren auch im 21. Jahrhundert ihre Grenzen noch in geradezu atavistischer Weise mit Mauern, Zäunen und Stacheldraht – etwa die Außengrenze des Schengener Raums, die Grenze zwischen Israel und den Palästinensergebieten oder die vielfach gesicherte Grenze entlang dem Río Bravo zwischen Mexiko und den USA. Und trotzdem: Die Bedeutung von Grenzen ist heute in vielfacher Weise zu relativieren. Sie bestehen zwar fort, und gerade die lateinamerikanischen Staaten haben seit ihrer Unabhängigkeit an den aus der Kolonialzeit ‘ererbten’ Grenzen weitgehend festgehalten. Es entwickelte sich geradezu ein Fetischismus in der Betonung nationaler Grenzen. Die wahren Grenzen der Entwicklung aber verliefen und verlaufen nicht am Saum der Nationalterritorien, sondern innerhalb der Staaten oder über Staatsengrenzen hinweg.

Rechtshistoriker haben die Grenze als “Musterbeispiel der normativen Kraft des Faktischen” bezeichnet. Es gibt, so sagen sie, keine allgemeinen, festen Regeln der Grenzziehung. Vielmehr sind Grenzen das Ergebnis von Einzelakten, die über ihren Geltungsanspruch für die Allgemeinheit zu Allgemeinverfügungen werden. Grenzziehung ist ein willkürlicher Akt, der ein Faktum schafft, das Rechtswirkung zur Folge hat. In jedem Fall sind Grenzen nicht einfach natürlich vorgegeben. Auch ‘natürliche’ Grenzen müssen zu solchen erklärt werden. Zudem sind sie selten durchgängig; sie müssen ergänzt werden, was zu künstlichen Grenzen führt. Es stellt sich also die Frage, wie Grenzen gebildet, welche Interessen und Motive dabei wirksam wurden und zu einem Allgemeinanspruch einer bestimmten und nicht einer anderen Grenze führten (Marchal 1996: 11-25).

Der folgende Beitrag ist dreigeteilt. Im ersten Teil geht es um das Grenzkonzept im Sinne der US-amerikanischen *frontier* und um die Anwendbarkeit dieses Begriffs auf Iberoamerika. Im zweiten Teil wird die Entwicklung der Grenzen in Iberoamerika im ursprünglichen, räumlichen Sinne des Begriffs skizziert: als Punkt der äußersten Erstreckung eines Territoriums, das durch seinen Namen bestimmt ist und somit Identität besitzt. Eine Grenze lässt sich demnach nicht ohne Bezug auf die Räume erläutern, die sie teilt; ein Raum wiederum lässt sich nicht ohne Bezug auf die Grenzen beschreiben, die ihn von seinem Umland trennen. Trennung und Teilung aber sind Machttakte (Demandt 1990: 9-32). Im dritten Teil werden aktuelle Entwicklungen und Probleme im lateinamerikanischen Kontext diskutiert, die eine kontinentale Dynamik aufweisen und damit die Bedeutung staatlicher Grenzen deutlich relativieren.

1. Das Konzept der *frontier* und seine Anwendbarkeit auf Iberoamerika

Als Frederick Jackson Turner 1893 die Bedeutung der US-amerikanischen *frontier* für die Entwicklung der USA darlegte, schuf er mit dieser Interpretation die Grundlage für den US-amerikanischen Mythos schlechthin. Die *frontier* war für Turner eine westwärts wandernde Grenze in den USA, die Zivilisation und Wildnis trennte. An dieser Grenzscheide mussten die europäischen Einwanderer ihre tradierten Lebensformen überwinden, um sich im Kampf gegen eine feindliche Natur behaupten zu können. Während die *frontier* weiter westlich schritt, wurden die ehemaligen *frontier*-Gebiete von nachrückenden Migranten aus dem Osten der USA bevölkert. Mit der dauerhaften Besiedlung der ehemaligen *frontier*-Gebiete entstand aber nicht ein Abbild der Gesellschaft des amerikanischen Ostens oder gar Europas; vielmehr hatte die Grenzerfahrung Individualismus, Eigeninitiative und die Fähigkeit stimuliert, fernab von staatlicher und ökonomischer Regulierung Improvisationstalent zu beweisen. Damit wurden gleichsam die Grundlagen einer selbstverantwortlichen, demokratischen Gesellschaft gelegt. Das Fortschreiten der *frontier* war nach Turner ein Prozess, der sowohl die demokratische Entwicklung förderte als auch durch das Verschmelzen der europäischen Einwanderer den 'Amerikaner' und durch eine stetige Erneuerung der Nation ein im-

menses Regenerationspotential schuf, das half, soziale Spannungen zu entschärfen. Die Turner-Thesen betonten die Singularität der USA und bedeuteten damit eine Abgrenzung des Landes gegenüber Europa. Unausgesprochen grenzte Turner die USA aber auch gegenüber dem lateinamerikanischen Subkontinent ab; seine Thesen unterstrichen letztlich durch das völlige Ausblenden Lateinamerikas indirekt die Entwicklungsdivergenzen zwischen den beiden Amerikas (Turner 1985; 1986).

Alistair Hennessy hat in den 1970er Jahren die Turner-Thesen auf Lateinamerika angewandt, sie allerdings nicht umstandslos übertragen; vielmehr hat er die Perspektiven der *frontier*-Problematik erweitert. Hennessy definiert die *frontier* in Lateinamerika nicht als Linie oder linearen Prozess, sondern als komplexe, überlagerte Situation aus Erfahrungen, Transaktionen und Wandel, die eine klare Unterscheidung zwischen Weißen und Indianern, besiedelten und unbesiedelten Gebieten, imperialistischen Außenposten und autonomen Gemeinschaften nicht zulässt (Toennes 1998: 281-300).

Der lateinamerikanische Typus – so Hennessy – sei eine “frontier of inclusion”, eine einbeziehende Grenze, die sich durch hohe Vermischung der Ethnien auszeichne. Analyse Kriterien waren die Arbeitsorganisation, die geographischen Begebenheiten, die frühkoloniale Vergangenheit, die Bedeutung kapitalistischer Durchdringung. Vor dem Hintergrund dieser Kriterien definierte er eine Reihe von *frontier*-Typen, und somit von Erschließungsgrenzen, in Lateinamerika: die Missionsgrenze als frühkolonialer Außenposten der Religionsorden; die Indianergrenze, deren Ausprägung von der Lebensweise der indigenen Bevölkerung abhing; die *maroon*-Grenze als Ergebnis des Sklavenhandels; Bergbau-, Vieh- und Kautschukgrenze; die anglo-hispanische Grenze als Ergebnis zweier kollidierender Grenzen zwischen Mexiko und den USA; schließlich die politische Grenze als Ergebnis der Unabhängigkeitskriege zwischen den neu entstandenen Staaten.

Ein wichtiges Ergebnis der Untersuchung Hennessys lautet, dass in Lateinamerika die *frontier*-Erfahrung nicht zum Entstehen einer ländlichen Mittelschicht beigetragen hat. Die Gründe dafür liegen im Erbe der Kolonisation. Verstärkt wurde dies noch durch die Landpolitik in der postkolonialen Entwicklung Lateinamerikas, als Landerwerb für die neuen Eliten Prestigegewinn und zugleich Schutz vor Inflation

bedeutete. Die Folgen dieser Entwicklung stellten bis in die Gegenwart eine immense Entwicklungsblockade dar, denn die ineffektive Landwirtschaft war kaum in der Lage, die Versorgungsbedürfnisse der Bevölkerung zu gewährleisten, und umgekehrt konnte eine solche Landwirtschaft kaum als Absatzmarkt für die Industrieproduktion funktionieren. Die ökonomische Rückständigkeit bedeutete aber auch eine soziale und politische. So konnte in Lateinamerika die *frontier*-Erfahrung keinen fruchtbaren Boden für eine demokratische Entwicklung bilden. Vielmehr bedingte die traditionelle Dichotomie zwischen Stadt und Land, zwischen 'Zivilisation' und 'Barbarei' die politische und ökonomische Fragmentierung in den neuen unabhängigen Staaten, was wiederum den politischen Despotismus – etwa in Form des *caudillismo* – förderte. Die lateinamerikanischen *frontier*-Gesellschaften konnten keinen nationalen Mythos wie in den USA entstehen lassen (Toennes 1998: 287f.).

Soweit die Zusammenfassung der Thesen von Alistair Hennessy. Als besonders wertvoll an diesem Ansatz ist festzuhalten, dass die komparative *frontier*-Analyse in der Lage ist, aus der komplexen historischen Entwicklung Lateinamerikas vergleichbare Grundstrukturen zu isolieren. Allerdings sollte man nicht soweit gehen, dass man die Entwicklungsdivergenzen zwischen den beiden Amerikas mittels der *frontier*-Problematik erklären will, denn damit würde man die ideologischen Aspekte der Turner-Thesen, auf Lateinamerika angewandt, negativ fortschreiben. Vor Jahren schon ist das "Scheitern der großen Theorien" festgestellt worden (Menzel 1992); die Beschäftigung mit der *frontier* kann allenfalls Teilergebnisse liefern. Man sollte sich davor hüten, Entwicklungsdivergenzen zwischen Zentrum und Peripherie oder zwischen Norden und Süden ausschließlich mittels einer *frontier*-Analyse erklären zu wollen.

Turners "wandernde Grenze", die *frontier*, ist etwas grundsätzlich anderes als eine Linie, die Staaten trennt. Die *frontier* ist als ein in Bewegung befindlicher Überleitungsprozess zu verstehen, der sich in der Auseinandersetzung der Zivilisation mit der Wildnis vollzieht. 1932 wies Herbert E. Bolton in seinem Vortrag über "The Epic of Greater America" auf die Gemeinsamkeiten in der geschichtlichen Entwicklung der amerikanischen Nationen hin; dabei machte er auf das allen Völkern des Kontinents gemeinsame *frontier*-Erlebnis aufmerksam. Seither, so ließe sich argumentieren, gibt es das historisch-

methodologische Problem der 'Grenze' in Lateinamerika (Hanke 1964). Über der Suche nach Gemeinsamkeiten unter dem Turnerschen *frontier*-Konzept geriet allerdings für längere Zeit eine zentrale Frage an den Rand des Interesses, nämlich ob überhaupt Gemeinsamkeit oder nicht vielmehr Unterschiedlichkeit für das Verhältnis und die Entwicklung von Anglo- und Lateinamerika konstitutiv war. Vieles spricht dafür, dass die augenscheinliche Entwicklungsdivergenz von Anglo- und Lateinamerika mit einem *frontier*-Ansatz nicht analysiert werden kann. Will man der Vielfalt und Bedeutung von Grenzen für Iberoamerika gerecht werden, so wird der Historiker auf die Einzeluntersuchung mit empirischer Arbeitsweise und unter Verzicht auf Deduktionen verwiesen (Wolff 1965: 429-438).

Johann D. Hellwege hat jedoch darauf hingewiesen, dass ein idealtypisch verwendetes *frontier*-Gesellschaftsmodell durchaus Bestandteil eines Vergleichs sein kann, der das Ziel verfolgt, gegenüber der US-amerikanischen die Besonderheiten der iberoamerikanischen Entwicklung herauszuarbeiten. Ausgehend von einer "kolonialen Situation" als struktureller Gemeinsamkeit von Anglo- und Iberoamerika muss danach gefragt werden, welche realhistorischen Abläufe im iberoamerikanischen Raum sich als ein funktionales Äquivalent zum Komplex *frontier* verstehen lassen. Zu berücksichtigen sind die jeweiligen Zeitumstände und die Raumbeschaffenheit (Hellwege 1976: 1-37).

Im Verlauf der Landnahme durch die Spanier und Portugiesen haben sich in Iberoamerika Grenzen ergeben, die keine Demarkationen oder Linien im Sinne moderner Staatsgrenzen darstellten. Fragt man nach den Rückkoppelungseffekten dieser Grenzen auf die jeweilige nationale Gesellschaftsentwicklung, so kann man lediglich feststellen, dass die Grenzen (ganz anders als im Turnerschen *frontier*-Modell unterstellt) nicht demokratisierend auf den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozess eingewirkt haben. Für einen sinnvollen historischen Vergleich bedarf es eines iberoamerikanischen Äquivalents in der Bewältigung der "kolonialen Situation". Hellwege sieht diesen Vergleichsgegenpart im Phänomen der *conquista*; er geht davon aus, dass die Nachwirkungen der *conquista* auf die Entwicklung im kolonialen Iberoamerika ähnlich massiv, aber in ganz anderer Funktion und Form gewesen sind, wie es für die Turnersche *frontier* in Nordamerika angenommen worden ist.

Die *conquista* war im Wesentlichen vor dem Ende des 16. Jahrhunderts abgeschlossen, wenn sich auch verschiedene 'Grenzen' und für die *conquista* typische Verlaufsformen und Mechanismen der Eroberung und Siedlung bis in die jüngste Vergangenheit verfolgen lassen. Die *frontier* begann demgegenüber erst im 17. Jahrhundert ihre zunächst sehr gemächliche Westwanderung und erlebte im 19. Jahrhundert kurz vor ihrer Beendigung noch einmal Höhepunkte. Katholische Spanier, vornehmlich aus Kastilien, prägten die *conquista*, während in der *frontier* das protestantisch-englische Element überwog. Die *conquista* ist durch eine völlig andere Expansionsrhythmik, durch in der *frontier*-Bewegung unbekannte Organisationsformen von Mensch und Kapital sowie letztlich durch andere Zielsetzungen charakterisiert. In nur 50 Jahren durchzogen Spanier große Teile Amerikas und nahmen riesige, gleichwohl nur ausgewählte Territorien effektiv in Besitz. Die angelsächsischen Kolonisten hatten nach 150 Jahren der Siedlung in Nordamerika demgegenüber gerade die in 500 km Entfernung von der Ostküste liegenden Berge erreicht.

Die Unterschiede zwischen Anglo- und Iberoamerika waren vielfältig: Die ersten englischen Siedler entschlossen sich zur Ausrottung der Indianer, denn diese waren weder zur Kooperation bereit oder in der Lage noch stellten sie sich als Arbeitskräfte zur Verfügung. In der Vorstellung, der amerikanische Boden sei 'frei', die Wildnis Niemandsland, entwickelte sich eine Rechtfertigungsideologie, wie sie für koloniale Situationen charakteristisch ist, die tendenziell auf die Errichtung einer Kolonialgesellschaft ohne Kolonisierte bzw. unter Ausrottung der Urbevölkerung abzielen. Die 'Primitivität' der Rechtstiteldiskussion in den nordamerikanischen Kolonien im Vergleich zur Debatte über die *Justos Títulos* in Spanien und Iberoamerika ist nicht weiter verwunderlich, denn sie war in Angloamerika gewissermaßen überflüssig.

Andererseits ist der Pionierfarmer, wie ihn Turner beschrieben hat, der in eine von Indianern zu säubernde Wildnis geht, um sich und seiner Familie eine Heimstatt zu schaffen, unter den Bedingungen des 16. Jahrhunderts auf der mexikanischen Hochebene oder in den Kernprovinzen des ehemaligen Inkareiches eine geradezu unmögliche Erscheinung. Die spanische Krone stellte ein den britischen Pionieren vergleichbares Verhalten im Übrigen auch unter Strafandrohung. Die klassische Phase der *conquista*, die Eroberung des Azteken- und des

Inkareiches, war bereits eine Phase, in der Ideale und Wertvorstellungen der *reconquista* der kolonialen Situation weitgehend adäquat waren, in die sich die Konquistadoren begaben. Neben der Beute und dem Gewinn in Form von Edelmetall, von Sklaven und Frauen lockte vor allem ein Leben als Herr über Land und Leute. Ein *repartimiento* bzw. eine *encomienda* wies den erfolgreichen *conquistador* aus.

Wie die Konquistadoren nicht als ausschließlich militärische Eroberer missverstanden werden sollten, so ist auch die *conquista* nicht als militärischer, der Kolonisation vorgeschalteter Gewaltakt anzusehen. Die *conquista* war bereits Kolonisation – verstanden als Gestaltung kolonialer Situation –, wie auch die Konquistadoren zugleich Kolonisatoren sein mussten. In den Regionen der vorkolumbischen indianischen Hochkulturen traten den Spaniern Indianer als zu Kolonisierende gegenüber, zu denen sich gerade deshalb Beziehungen aufnehmen ließen, weil sie im Vergleich mit Nomaden der großen Ebenen einen fortgeschritteneren Entwicklungsstand aufwiesen und bereits differenzierte Gesellschaften ausgebildet hatten, deren soziale Antagonismen von den Konquistadoren geschickt ausgenutzt wurden. Ausrottung oder Verdrängung wären in einer so gearteten kolonialen Situation ökonomischer Unsinn gewesen. Die direkte und indirekte Dienstbarmachung als Arbeitskraft und Tributzahler machte erst die Existenz einer europäischen Herrenchicht inmitten indianischer Massen möglich.

Die *conquista* war somit das Gegenteil einer freibäuerlichen Grenzexpansion im Stile der Turnerschen *frontier*. Ein Siedlerstrom von den Zentren in die Grenzzonen des spanischen Imperiums blieb aus, weil das Eingeborenensubstrat, das sich an den *conquista*-Rändern aufhielt, sich wahrscheinlich kaum in die Kolonialgesellschaft hätte einfügen lassen. Es ist kein Zufall, dass sich an diesen Rändern Indianersklaverei und Jesuitenreduktionen finden lassen. Möglicherweise entluden sich in dem in Iberoamerika schon im 16. Jahrhundert weit verbreiteten Vagabunden- und Bandenunwesen Kräfte, die in Angloamerika von der *frontier* absorbiert werden konnten. Im spanischen Imperium dagegen waren sie in gewissem Sinne auf eine 'innere Grenze' verwiesen, wenn sie aus der mit der *conquista* begründeten Kolonialgesellschaft entfliehen wollten. Indianergemeinschaften malträttierende, herumstreunende Spanier waren im 16. Jahrhundert eine Landplage. Ähnlich wie im *frontier*-Modell lässt

sich auch in der *conquista* beobachten, dass die einzelnen Unternehmungen vielfach der Entschärfung von Spannungen dienten. Zu diesem Zweck wurden bisweilen von der Kronbeamtenschaft auch *conquista*-Züge angeregt und angeordnet, um unruhige Elemente und potentielle Störenfriede abzuleiten. In der *conquista* ist die 'Grenze' im Sinne von 'freies Land' bzw. als von Indianern 'gesäuberter Boden' im wörtlichen und im übertragenen Sinne jedoch immer eine periphere Erscheinung geblieben. Verlockend waren vielmehr Regionen mit möglichst dichter indianischer Bevölkerung.

In klarem Gegensatz zur *frontier*-Hypothese hat das Geschehen an den Randzonen des spanischen Imperiums in Amerika und der im 19. Jahrhundert entstehenden lateinamerikanischen Staaten kaum nennenswerten Einfluss auf die politisch-administrative Gestaltung des Hinterlandes gehabt. Anders als in der *frontier*-Gesellschaft konnten sich in der dichotomischen *conquista*-Gesellschaft Herrschafts- und Gehorsamsverhältnisse sowie wirtschaftliche Macht und Abhängigkeit über die – durch den ethnischen Unterschied außerdem verschärfte – Distanz festschreiben. Es dürfte einen erheblichen Unterschied machen, ob man an der *frontier* die von einer Theorie individueller Rechte her definierte Freiheit des Individuums sich erweitern sieht, weil die europäischen ständegesellschaftlichen Privilegien und Institutionen zerfielen, oder ob Europäer der dichotomischen *conquista*-Gesellschaft unter weitgehender Bewahrung ständestaatlicher Privilegien und Institutionen die gegenüber den Eingeborenen zugewachsene Besserstellung als Befreiung und Erweiterung ihrer in Europa eng gesteckten Grenzen empfanden.

2. Die Grenzziehungen in Iberoamerika als Machttakte

Die Aufteilung der Erde in Verfügungs- und Zuständigkeitsbereiche bestimmter Gruppen oder Individuen gehört zu den Grundbedingungen der Geschichte. So auch in Iberoamerika. Zugleich verwirklicht sich die Geschichte der internationalen Beziehungen – mehr als andere Geschichte – im Raum. Die Staaten, zwischen denen sich internationale Beziehungen vornehmlich abspielen, sind selber Raumgrößen. Durch soziales und politisches Handeln, durch Macht und Information wurde Raum 'territorialisiert'.

Zwischen den Staaten wurden mit zunehmender Eindeutigkeit Staatsgrenzen gezogen: der sichtbarste Ausdruck von großräumiger Vergesellschaftung und rivalisierenden, sich gegenseitig ausschließenden Kontroll- und Loyalitätsansprüchen (Osterhammel 2000: 287-308).

Die Grenze ist die wichtigste Metapher des Räumlichen; Jean-Baptiste Duroselle zählt sie neben der Idee des Fremden und den (vor-)staatlichen Vergesellschaftungsformen zu den drei Grundelementen des Internationalen überhaupt (Duroselle 1992).

Häufig sind Grenzen das Ergebnis von Wanderungen, Eroberungen oder Kriegen, selten das Resultat gütlicher Einigung. Sie bezeichnen Linien, an denen Bewegungen zur Ruhe gekommen sind, wo Kraft und Widerstand ihren Ausgleich gefunden haben. Das Gleichgewicht allerdings ist selten stabil. Die erste Funktion von Grenzen war ihr Verbotscharakter. Grenzen haben aber auch schützende Wirkung, diese war ihre früheste positive Funktion. Der Wunsch nach Abgrenzung bezieht sich zumeist auf knappe und begehrte Güter. Solange die Erde noch dünn besiedelt war, erübrigten sich Grenzen. Später wurden dann Grenzen gezogen, um die Staatshoheit durchzusetzen und Streit zu vermeiden. Der Effekt war fast überall paradox: Nachdem sie gezogen waren, stritt man sich vornehmlich um eben diese Grenzen. Iberoamerika ist ein Paradebeispiel hierfür; die Geschichte der internationalen Beziehungen in diesem Subkontinent hat fortwährend mit Grenzen zu tun.

Am Anfang dieser Entwicklung war der Papst. Die von Christoph Kolumbus für die Krone Kastiliens 1492 in Besitz genommenen Ländereien in 'Westindien' wurden nach den Bestimmungen des Vertrages von Alcáçovas (1479) und nach der päpstlichen Bulle "Aeterni Regis" (1481) auch von Portugal reklamiert. Damit war vorauszusehen, dass es über die Besitztitel zu einem Konflikt zwischen den iberischen Staaten kommen würde. Unmittelbar nach der Rückkehr des Kolumbus nach Spanien bemühten sich die Katholischen Könige Isabella und Ferdinand deshalb um eine klare Abgrenzung der transatlantischen Gebiete und wandten sich 1493 an Papst Alexander VI., den sie um ähnliche Bullen ersuchten, wie es diejenigen waren, die Portugal vorweisen konnte. Die neuen Bullen sollten die spanischen Rechte auf die überseeischen Länder und Inseln sowie auf weitere Entdeckungen bestätigen (Kahle 1993: 2).

Die Bullen Papst Alexanders VI. aus dem Jahr 1493 waren Jahrhunderte lang umstritten; statt Streitigkeiten zu schlichten, lösten sie heftige Dispute und Kontroversen aus. Als sie ausgefertigt wurden, konnte weder die spanische noch die portugiesische Seite wissen, dass sie weitgehend über die Zukunft eines ganzen Kontinents entschieden. Für die Europäer war dieser Kontinent, Amerika, damals und noch für längere Zeit eine tatsächlich 'Neue Welt', von deren Existenz sie noch gar nichts wussten, gingen sie doch davon aus, Asien erreicht zu haben. Mit den Papstbulen von 1493 wurde die spanische Rechtsposition, die auf der Erstentdeckung, der faktischen Besitznahme und dem Willen zur Mission beruhte, insofern gestärkt und international abgesichert, als andere christliche Herrscher von diesen überseeischen Gebieten ausgeschlossen blieben. Während Zeitgenossen die weitreichenden Entscheidungen, die der Papst mit den Bullen traf, noch wie selbstverständlich akzeptierten, wurden diese später Ausgangspunkt heftiger spanischer und internationaler Auseinandersetzungen. Nachdem sich aus der Summe päpstlicher Entscheidungen des ausgehenden 15. Jahrhunderts eine derartige Spannungssituation im Kampf der Europäer um die kolonialen Räume ergeben hatte, führten diese Rivalitäten zu ständigen bewaffneten Konflikten, was anfangs nicht vorauszusehen war (Kahle 1993: 8).

In wahrscheinlich bewusst enger Auslegung der päpstlichen Bullen "Inter Caetera" und "Eximiae Devotionis" von 1493 – diese Bullen hatten noch keine Abgrenzung der Schifffahrts- und Entdeckungssphären im Atlantik zum Inhalt –, legten die Katholischen Könige in einer Bestätigung der Privilegien des Kolumbus dessen Befehlsbereich im Ozean (und damit auch den Machtbereich der spanischen Krone) auf den westlichen Teil einer angenommenen Linie fest, die von Norden nach Süden über die Azoren und die Kapverden führte. Da Portugal im Interesse seiner Afrikaschifffahrt dieser Linie nie seine Zustimmung gegeben hätte, was man in Spanien sehr genau wusste, erwirkten die Katholischen Könige von Alexander VI. eine weitere Bulle, in der die Abgrenzung der Interessensphären im Ozean festgelegt werden sollte. Diese Bulle legte eine Trennungslinie fest, die 100 Seemeilen westlich der Azoren und Kapverden verlief. Die Festlegung dieser Demarkationslinie ist häufig als eine durch den Papst erfolgte "Teilung der Welt" missverstanden worden. Jedoch wurde hier nur die Grenze gesetzt, an der die spanische Herrschaft über die

neu entdeckten und noch zu entdeckenden Länder und Inseln sowie über den Ozean enden bzw. beginnen sollte. Portugal oder anderen Staaten bzw. christlichen Herrschern wurden dabei keine 'Anteile' zugesprochen, lediglich die portugiesische Herrschaft über Afrika wurde noch einmal ausdrücklich anerkannt (Davenport 1917-1937).

Da der portugiesische König Johann II. keine Möglichkeit sah, erfolgversprechend gegen diese Bullen zu opponieren, ging es ihm in der Folgezeit vor allem darum, in zwischenstaatlichen Verhandlungen mit Kastilien eine günstigere Position zu erreichen, als die Papstbullen sie ihm zusprachen. Die Hauptverhandlungen zwischen Kastilien und Portugal verfolgten das Ziel, eine 'gerechte' Teilung des Ozeans zwischen den beiden Kontrahenten vorzubereiten. Dabei verfolgte Portugal vor allem das Ziel, die 100-Seemeilen-Grenze der Demarkationsbulle "Inter Caetera", die aus portugiesischer Sicht für den Afrikahandel zu enge Grenzen zog, beträchtlich zu erweitern. Die an einer gütlichen Einigung interessierten Katholischen Könige, die ihre schwachen Finanzkräfte nicht durch einen Krieg gegen Portugal überstrapazieren wollten, gaben schließlich nach. Im Juni 1494 kam es im Vertrag von Tordesillas schließlich zur Einigung. Zwischen dem spanischen und dem portugiesischen Machtbereich wurde eine von Pol zu Pol gedachte Teilungslinie vereinbart, die 370 Seemeilen westlich der Kapverdischen Inseln verlief. Unbeschadet des bisherigen Besitzstandes, für den der Status quo galt, sollten alle Länder und Inseln östlich dieser Demarkationslinie zu Portugal und alle westlich davon gelegenen zu Spanien gehören; alle anderen von christlichen Herrschern regierten Staaten wurden explizit ausgeschlossen. Der Vertrag von Zaragoza (1529) legte schließlich noch für das asiatische Interessengebiet ebenfalls eine Demarkationslinie fest. Damit war die Teilung der Welt erfolgt (Kahle 1993: 9).

Vorerst waren beide Vertragspartner mit den in Tordesillas 1494 erreichten Vereinbarungen zufrieden. Später hat die portugiesische Geschichtsschreibung das Vertragswerk von Tordesillas als einen Sieg der portugiesischen Diplomatie hingestellt; diese Deutung entbehrt jedoch jeder Grundlage, da bei dieser Interpretation übersehen wurde, dass im Augenblick der Unterzeichnung niemand wissen konnte, dass mit der vereinbarten Teilungslinie der Osten Südamerikas und somit ein großer Teil des heutigen Brasiliens, an Portugal fallen würde. Andererseits konnten auch die Katholischen Könige, die immer noch

glaubten, dass Kolumbus in Asien gelandet sei, nicht ahnen, dass ihnen und ihren Nachfolgern ein riesiger Kontinent zugefallen war. Amerika war somit geteilt, die Grenzen waren festgelegt worden, bevor überhaupt die Existenz dieses neuen Kontinents bekannt war (García Gallo 1957/58: 461-829).

Folgt man der im Vertrag von Tordesillas festgelegten Demarkationslinie, die Südamerika etwas östlich des 50. Grades westlicher Länge durchschnitt, dann hätten die Portugal zustehenden Territorien auf einen relativ kleinen, deutlich abgegrenzten Ostteil des Kontinents begrenzt bleiben müssen. Der nördlichste Punkt dieses Territoriums war in etwa die Mündung des Amazonas, im Süden schloss das Gebiet noch die Küstenzone des heutigen brasilianischen Bundesstaates Santa Catarina ein. Allerdings wurde die Tordesillas-Linie von Anfang an von den Portugiesen überschritten; dies war zum einen auf Unklarheiten über den genauen Grenzverlauf zurückzuführen – im kontinentalen Binnenraum Iberoamerikas ersetzten meist erst Landvermessungen im 19. Jahrhundert, bei und nach der Gründung von Nationalstaaten, die früheren vagen Grenzzonen –; es hing zum anderen auch mit dem zielbewussten und energischen Vordringen der Portugiesen in Richtung Süden und Westen zusammen (Ricard 1952: 449-456). Die Kombination von äußerst vagen Grenzen und weit ausgreifenden territorialen Ansprüchen musste geradezu zwangsläufig zu Grenzkonflikten führen. Die Streitigkeiten zwischen Spaniern und Portugiesen steigerten sich seit dem Ende des 17. Jahrhunderts zu militärischen Grenzauseinandersetzungen über die südamerikanischen Besitzungen beider Nationen, die erst Ende des 18. Jahrhunderts beigelegt werden konnten.

Die Spannungen und bewaffneten Konflikte zwischen den europäischen Staaten über die Besitzrechte in Amerika blieben nicht auf Spanien und Portugal beschränkt. Bereits in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts wandten sich Frankreich und England, denen später auch die Niederlande folgten, gegen den alleinigen spanisch-portugiesischen Herrschaftsanspruch in Amerika und dessen Sanktionierung durch den Papst. Die Regierungen der ebenfalls nach überseeischem Kolonialbesitz strebenden europäischen Seemächte dachten nicht daran, die zwischen den beiden iberischen Staaten vereinbarte Weltteilung widerspruchsfrei hinzunehmen.

Im Verlauf des 16. Jahrhunderts zeichnete sich sodann in den Auseinandersetzungen der europäischen Regierungen um die Herrschaftsansprüche in der 'Neuen Welt' die Möglichkeit eines Kompromisses ab, der sowohl dem universalen Hegemonieanspruch der beiden iberischen Staaten als auch der von den westeuropäischen Seemächten ausgehenden Forderung nach der Freiheit der Meere entgegenzukommen schien. 1559 wurde zwischen Spanien und Frankreich vereinbart, den Frieden auf Europa zu beschränken und jenseits einer noch nicht klar festgelegten Linie, deren Verlauf über den Ozean projiziert wurde, die tatsächlichen Kräfteverhältnisse entscheiden zu lassen. Die Ergebnisse der jeweiligen Machtproben in Übersee sollten die auf Europa bezogenen Vertragsvereinbarungen nicht beeinflussen oder gar verletzen. Diese 'Freundschaftslinien' (*amity lines*), wie jene Abgrenzungen im Gegensatz zu den starren Linien, den *rayas*, von Tordesillas auch genannt wurden, kennzeichneten praktisch die Grenze zwischen einer Macht- und einer Rechtssphäre, da sie die überseeischen Gebiete weitgehend außerhalb des Geltungsbereiches des europäischen öffentlichen Rechts stellten. Seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts sind sie mehrfach geographisch neu bestimmt worden. Weitgehend durchgesetzt hat sich schließlich die Linie, die Kardinal Richelieu 1634 verkündete. Danach war den französischen und britischen Seefahrern der Angriff auf alle spanisch-portugiesischen Schiffe gestattet, die sich jenseits des Wendekreises des Krebses und der so genannten Kanarischen Linie befanden.

Diese Entwicklung bildete den rechtlichen und faktischen Hintergrund für die Tatsache, dass sich die von Europäern in Amerika erschlossene Welt in zwei verschiedene Bereiche teilte. Während in dem einen die abendländische Rechtsordnung mit ihren Vereinbarungen und Verträgen gültig blieb, hatten die europäischen Rechtsvorstellungen 'jenseits der Linie' ihre Verbindlichkeit weitgehend eingebüßt. Die Konflikte in und um Amerika waren somit nicht mehr den Normen des europäischen öffentlichen Rechts, sondern weitgehend eigenen Gesetzen unterworfen. Dort entschied das Recht des Stärkeren, und der Krieg wurde für lange Zeit zum Dauerzustand. Das dem englischen Seefahrer Sir Francis Drake zugeschriebene Wort "No peace beyond the line" kennzeichnet die Situation treffend (Hampden 1977). Allgemeiner Vorstellung entsprechend ging man davon aus, dass alles, was 'jenseits der Linie' geschah, grundsätzlich außerhalb der rechtli-

chen, moralischen und politischen Bewertungen blieb, die 'diesseits der Linie' anerkannt waren (entgegengesetzte Deutung bei Fisch 1984). Diese Zweiteilung bedeutete eine außerordentliche Entlastung der innereuropäischen Problematik; letztlich lag in dieser Entlastung der völkerrechtliche Sinn jener Grenze (Schmitt 1950: 62).

Spanien war allerdings nicht ohne weiteres bereit, sich mit dem neuen Status abzufinden; bis ins 18. Jahrhundert hinein hielt es an seiner ursprünglichen Rechtsauffassung fest, Seefahrer anderer europäischer Nationen (außer Portugal), die es in den Gewässern vor den Küsten seiner amerikanischen Territorien antraf, als Piraten zu betrachten und als solche zu behandeln. Diese Haltung trug wiederum zur Permanenz der Kämpfe in Übersee bei. Im 18. Jahrhundert ging man schließlich dazu über, auch die überseeischen Fragen in die europäischen Friedensschlüsse einzubeziehen. Die verschiedenen Utrechter Friedensverträge von 1713 stellten die entscheidende Zäsur dar. Engländer, Franzosen und Holländer stellten in der Folgezeit allmählich die Piraterie in amerikanischen Gewässern ein, womit das Postulat der 'Linie' seine Bedeutung verlor; Spanien wiederum gab seine universalen Ansprüche auf und fand sich im Verlauf des 18. Jahrhunderts zur Duldung des Prinzips des "Mare liberum" bereit, das seinen traditionellen Vorstellungen entgegenstand (Rein 1930: 537).

Seit der in Tordesillas 1494 vereinbarten Abgrenzung der Interessensphären zwischen den beiden iberischen Staaten in Amerika war die spanische Krone (weitgehend erfolglos) darum bemüht, ein Überschreiten der Demarkationslinie durch die Portugiesen zu verhindern. So erfolgte etwa die Erkundung und Besitznahme des La Plata-Gebiets, um den Süden und das Zentrum des südamerikanischen Kontinents gegen eine mögliche portugiesische Expansion zu sichern. Aufgrund der ungeheueren Entfernungen, die zwischen den weit auseinander liegenden Siedlungen bestanden, waren Begegnungen zwischen spanischen und portugiesischen Kolonisten im 16. Jahrhundert noch selten und meist zufällig. Zwar drangen schon in den ersten Jahrzehnten nach der *conquista* vereinzelt Portugiesen in die von Spanien besetzten Gebiete vor, doch die Behörden schenkten ihnen wenig Beachtung; sie maßen diesen Vorgängen schon deshalb kaum Bedeutung bei, weil die Grenzen ohnehin noch sehr unbestimmt waren und die geographischen Verhältnisse überdies keine wirksame Kontrolle zuließen. Durch die Personalunion zwischen Spanien und Portugal

(1580-1640) schien die Demarkationslinie sodann endgültig überflüssig geworden zu sein; in jener Phase nahm die Zuwanderung von Portugiesen in die ursprünglich von Spanien beanspruchten Gebiete erheblich zu.

In der Folgezeit, nachdem die beiden iberischen Staaten sich wieder getrennt hatten, stießen Spanien und Portugal nicht nur am Río de la Plata aufeinander; inzwischen nahm die portugiesische Ausbreitung auch im Gebiet von Mato Grosso bedrohliche Ausmaße an, Spanien musste sogar eine Ausweitung dieser Expansion auf die peruanischen Silberminen befürchten. Nunmehr versuchte Madrid, einem weiteren Vordringen der Portugiesen mit allen Mitteln entgegenzutreten, aber die Spanier waren in den kaum besiedelten Territorien militärisch nicht in der Lage, wirksamen Widerstand gegen die portugiesische Expansion zu leisten. Angesichts dieser ständigen, in unregelmäßigen Abständen sich wiederholenden Auseinandersetzungen um strittige Grenzgebiete gelangten allmählich sowohl die spanische als auch die portugiesische Regierung zu der Überzeugung, dass nur eine neue und diesmal klare Festsetzung der gegenseitigen Grenzen in Amerika eine Lösung bringen und den Streit über die geographisch nie genau festgelegte Tordesillas-Linie aus der Welt schaffen würde.

Im Januar 1750 wurde schließlich der Vertrag von Madrid unterzeichnet, in dem beide Staaten übereinkamen, die in Tordesillas und den darauf folgenden Verträgen vereinbarten Grenzen ihrer amerikanischen Besitzungen aufzuheben und neu festzulegen. Die neuen Grenzen sollten sich den natürlichen geographischen Gegebenheiten anpassen; sie wurden daher vom Orinoco bis zum Río de la Plata vornehmlich durch Flüsse oder Gebirge bestimmt. Im Rahmen des dabei erforderlichen territorialen Ausgleichs erhielt Spanien das Orinoco-Gebiet, während Portugal das gesamte Stromland des Amazonas zugesprochen wurde. Aber der Vertrag ließ sowohl Spanier als auch Portugiesen unbefriedigt, da sich beide Seiten benachteiligt fühlten. In der Folgezeit kam es auch zum so genannten Krieg der "Sieben Missionen" um die jesuitischen Reduktionen. Als diese Kämpfe beendet waren, hatten sich inzwischen so viele Zweifel und Unstimmigkeiten hinsichtlich der Grenzziehungen ergeben, dass die Kommissionen, die den genauen Verlauf der vereinbarten Grenzen bestimmen sollten, kein Endergebnis präsentieren konnten. 1761 wurde deshalb der Madrider Vertrag schließlich von beiden Regierungen annulliert und der

status quo ante wieder hergestellt. Die Kämpfe allerdings gingen bald weiter, und erst 1777 konnte vorübergehend eine Beendigung der kolonialen Streitigkeiten erreicht werden. Der Vertrag von San Ildefonso, der in jenem Jahr geschlossen wurde, legte die Grenzen zwischen Spanien und Portugal neu fest. Zwischen dem südamerikanischen Kolonialgebiet der beiden Staaten wurden in einigen Regionen zusätzlich "neutrale" Zonen geschaffen, zu denen auch das Territorium der früheren jesuitischen "Sieben Missionen" gehörte, das weder von Spaniern noch von Portugiesen besetzt werden durfte. Ähnlich wie nach dem Vertrag von Madrid wurde wieder speziellen Kommissionen die Aufgabe zugewiesen, den Verlauf der neuen Grenzen genau zu bestimmen. Vor allem die 'neutralen' Zonen boten immer wieder Anlass zu Auseinandersetzungen, die sich bis zum Beginn der Unabhängigkeitskriege im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts fortsetzen sollten (Kahle 1993: 55-63).

Natürlich hatte Spanien in Amerika nicht nur gegen Portugal zu kämpfen, um seine Kolonialgrenzen zu sichern. England, Frankreich und die Niederlande betrieben ebenfalls eine offensive Überseepolitik. Mit Frankreich konkurrierte Spanien lange Zeit um die Insel Hispaniola (Haiti), dessen westlicher Teil Ende des 17. Jahrhunderts endgültig an Frankreich ging. Die Relativität der Kolonialgrenzen in Iberoamerika kommt nicht nur darin zum Ausdruck, dass die europäischen Seemächte sie nicht akzeptierten und selbst Spanien und Portugal jahrhundertlang mehr oder minder gewaltsam um ihre Revision kämpften. Völlig unverbindlich waren diese Grenzen schließlich für den Handel, der von Anfang an das iberische Monopol im kommerziellen Bereich missachtete (Walker 1979). Die englischen, französischen oder holländischen Händler setzten in Iberoamerika ihre Waren ohne Berücksichtigung vertraglicher Abmachungen oder entsprechender Monopolbestimmungen ab; im 18. Jahrhundert nahm der bereits vorher florierende Schmuggelhandel abermals zu (vgl. exemplarisch Christelow 1942: 309-343).

Nach wie vor gingen Spanien und England auch von unterschiedlichen Rechtspositionen aus: Während Spanien sein ausschließliches Hoheitsrecht in den westindischen Gewässern behauptete, das nur in vertraglich vereinbarten Ausnahmefällen zu Gunsten der Engländer eingeschränkt worden war, vertrat England den Standpunkt des Rechts der freien Schifffahrt auf allen Meeren. Diese kolonialen Auseinan-

dersetzungen um Handelsgrenzen trugen wesentlich dazu bei, dass sich England und Spanien im 18. Jahrhundert nicht nur in einer permanenten Konkurrenzsituation, sondern wiederholt auch im Kriegszustand befanden. Das Nachsehen hatte fast immer das schwache Spanien, das Florida 1762 an England abtreten musste (Fisch 1984).

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts kam es auch im Wettlauf um die Besetzung im nördlichen Pazifischen Ozean der noch 'herrenlosen' Gebiete an der Nordwestküste zum Konflikt mit Russland. Die damaligen spanischen Expeditionen waren bewusste Demonstrationen staatlichen Herrschaftsanspruchs, während das russische Vorgehen in Alaska vorerst auf der Initiative von Pelzhändlern beruhte, denen die russische Regierung Handlungsfreiheit ließ. Auch in dieser Auseinandersetzung musste Spanien einen stufenweisen Rückzug antreten, Russland wurde die beherrschende Macht im nördlichen Pazifik (Cook 1973).

Für die gesamte Kolonialzeit lässt sich somit festhalten, dass die westeuropäischen Seemächte von Anfang an gegen den alleinigen Herrschaftsanspruch der beiden iberischen Staaten in Amerika auftraten. Grenzen wurden nicht anerkannt, weder im völkerrechtlichen noch im kommerziellen Bereich. *Conquista* und Landnahme waren zunächst nicht territorial im neuzeitlichen Sinn orientiert, sondern auf Menschen bezogen. Mit den verschiedenen Amtsfunktionen (etwa *presidencias* oder *capitanías generales*) war kein klar umrissenes Territorialkonzept verbunden, die Amtsbezirke überschnitten sich ständig. Allerdings mussten die Spanier und Portugiesen bald die Erfahrung weitgehender Menschenleere, vor allem in den Binnenräumen, machen. Unter diesen Voraussetzungen entwickelte sich in den spanischen und portugiesischen Kolonien ein Denken in Territorien aus Kontroll- und Einzugsgebieten, die nicht von linearen Grenzen her definiert waren. Die häufigen Gebietsveränderungen wurden von zweckmäßiger Zuordnung, nicht von dem heute dominierenden Ziel territorialer Integrität oder Abrundung bestimmt. Im Übrigen war das Konzept einer linearen Grenze in ausgedehnten Leerräumen faktisch irrelevant (Sandner 1992: 78-95).

Erst mit den Staatsbildungsprozessen nach der Unabhängigkeit erhielten Territorium und Grenze einen neuen Gehalt, der auch unser gegenwärtiges Verständnis noch bestimmt. Der Problemkreis Territorium-Grenze war im Prozess der Staatsbildung eine Komponente ne-

ben anderen wie das Spannungsverhältnis Zentralismus-Föderalismus oder das Verhältnis Staat–Nation. Staatsterritorium und Staatsgrenze wurden in Lateinamerika jedoch von Beginn der Unabhängigkeit an von den zentralistischen Institutionen, vom Prinzip staatlicher Verwaltung geprägt. Mit der Unabhängigkeit verband sich das kolonial tradierte Denken in Reichweiten von Macht und Kontrolle mit dem Erfordernis der Ausschließlichkeit, das Souveränität, Territorium und Grenze miteinander verknüpft.

Zu Beginn der Unabhängigkeitsbewegungen gab es in Lateinamerika nur äußerst wenige festgelegte internationale Grenzen zwischen spanischen und portugiesischen sowie zwischen spanischen und französischen Besitzungen. Die Staatswerdung erfolgte auf einer territorialen Basis, die durch kolonialzeitliche Verwaltungsgliederung bestimmt war. Die territoriale Gliederung des kolonialen Iberoamerika wiederum war auf verschiedene Faktoren zurückzuführen: auf prä-hispanische Machtverhältnisse, die Bevölkerungsentwicklung, den Verlauf der *conquista*, den Aufbau der staatlichen Verwaltungsorganisation, etc. Das bei der Unabhängigkeit für die neuen Staatsterritorien festgelegte Prinzip des *uti possidetis*, d.h. die Anlehnung der Staatsgrenzen an die zuletzt bestehenden kolonialen Verwaltungsgrenzen, erwies sich als konfliktträchtig. Zum einen war nämlich zunächst strittig, auf welche kolonialen Verwaltungseinheiten sich dieses Prinzip beziehen sollte: auf die Vizekönigreiche, die *Audiencias*, die Distrikte? Bekanntlich setzte sich die Ausrichtung auf administrative Einheiten unterhalb der Vizekönigreiche durch. Zum anderen waren – wie ausgeführt – die kolonialen Verwaltungsgrenzen teilweise sehr unpräzise, weil in weithin leeren Binnenräumen gar kein Bedarf an linearer Fixierung und territorialer Zuordnung bestanden hatte. Schließlich wurde in den jungen lateinamerikanischen Staaten Souveränität sehr stark betont und die Doktrin der territorialen Integrität als konstitutives Element des Staates sehr hoch bewertet. Damit erhielten staatliche Abgrenzungen ein starkes Gewicht bei der Herausbildung nationaler Identitäten. Konfliktlösungen durch bilaterale Verhandlungen und Kompromisse wurden erschwert. Die Folge war eine bis in die Gegenwart reichende Kette von Grenzkonflikten, gescheiterten Schiedsverfahren, gebrochenen Abkommen und Benutzung von Grenzkonflikten für innenpolitische Zwecke (Sandner 1992: 84-86).

Insgesamt gibt es auf dem amerikanischen Kontinent 39 Grenzen mit 52.752 km. Drei Viertel dieser Grenzen finden sich in Lateinamerika. Michel Foucher hat für Lateinamerika Grenzalter und Grenztypen detailliert aufgelistet und dabei festgestellt, dass nur 27% aller Grenzen, gemessen an der Grenzlänge, aus der Kolonialzeit stammen; 26% wurden durch Kriege zwischen Nachbarländern, 17% durch einseitig durchgesetzte Machtansprüche, weitere 17% durch bilaterale Abkommen und 13% durch teilweise noch immer umstrittene Schiedssprüche festgelegt (Foucher 1986: 151ff.). Nahezu 85% der Grenzen verlaufen durch nicht oder nur äußerst gering bevölkerte Regionen; diese Tatsache stellte zweifellos – im internationalen Vergleich, etwa mit dem postkolonialen Afrika – einen stabilisierenden Faktor in den internationalen Beziehungen Lateinamerikas dar (Sandner 1992: 86).

So aufschlussreich derartige Berechnungen auch sein mögen, so verharmlosen sie andererseits doch die Problematik der Grenzfixierungen und der Grenzkonflikte. Denn: Grenzstreitigkeiten gehören seit der Unabhängigkeit zu den Konstanten politischer Geographie in Lateinamerika. Politisch und ökologisch war Iberoamerika schon immer (und ist es bis heute) ein Raum unsicherer Grenzen und instabiler Grenzzonen. Oft gelang es erst nach einer langen Kette von Verhandlungen und Abkommen, wieder auflebenden Grenzkonflikten und Schiedssprüchen, zu 'definitiven' Grenzfestlegungen zu kommen, die dann doch nicht endgültig waren. Der Bedarf an Grenzfestlegung war in etwa proportional zur Erschließung und Besiedlung (Sandner 1990: 255-273).

3. Funktionswandel und neue Dimensionen der Grenzproblematik

Die so lange im staatlichen Denken und Handeln dominierende Funktion von Territorialgrenzen als Trennlinien ist inzwischen modifiziert und erweitert worden. Zu den Entwicklungen, die diese Veränderungen hervorgerufen haben, gehören die konfliktträchtigen Migrationsströme von Saisonarbeitern, von Flüchtlingen und Auswanderern, der Drogen- und Schmuggelhandel, das Gefälle im Wirtschaftsleben, im Arbeitsmarkt, im Lohn- und Kostenniveau, in der Besteuerung.

Für die Wanderungsproblematik liegt atemberaubendes Zahlenmaterial vor: Zu einem Kontinent der Binnenmigration und der Auswanderung wurde Lateinamerika in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In den 1950er Jahren setzte eine Landflucht ungeahnten Ausmaßes ein und ließ in nur wenigen Jahrzehnten die Hauptstädte und Metropolen fast aller lateinamerikanischen Länder geradezu "explodieren". Vor allem in den 1960er und 1970er Jahren wurden die Elendsviertel südamerikanischer Großstädte für Millionen Landbewohner zu vorübergehenden oder endgültigen Stationen der sozio-ökonomisch bedingten Migrationsbewegungen. In jenen Jahrzehnten wurden die bis dahin ländlichen Gesellschaften zu urbanen, nachdem die Lebensverhältnisse auf dem Land stets schwieriger wurden und der Industrialisierungsprozess neue Arbeitsplätze in den Städten schuf (Sánchez-Albornoz 1994).

Eine Völkerwanderung unvorstellbaren Ausmaßes setzte damals vom Land in die Städte ein. Arbeiteten 1950 noch 53% der ökonomisch aktiven Bevölkerung des Subkontinents in der Landwirtschaft, so waren es 1980 nur noch knapp 29%. In den 1990er Jahren war Lateinamerika von allen Entwicklungsregionen der Welt die mit Abstand am stärksten urbanisierte. Seit 1970 wanderten etwa 30 Millionen Brasilianer in die Städte ab; São Paulo wuchs von 3,8 Millionen (1960) auf 16,5 Millionen Einwohner (1995), das peruanische Lima von 500.000 (1940) auf drei Millionen (1968).

Ein halbes Jahrhundert interner Migration hat das Gesicht der lateinamerikanischen Länder radikal verändert: In Peru z.B. hat die aus der Kolonialzeit überkommene, auf ethnisch-kulturellen Faktoren beruhende Sozialstruktur tiefe Risse erfahren, nachdem die indigene Migrantenbevölkerung sich eigene Räume in der Marktwirtschaft des Landes erobert hatte und einen durchaus erfolgreichen "andinen Kapitalismus" (Jürgen Golte) geschaffen hat.

Auch die Zahl der registrierten grenzüberschreitenden Migranten hat in Lateinamerika in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts enorm zugenommen, zwischen 1960 und 1990 von 1,5 auf 11 Millionen! Während somit vor 40 Jahren die lateinamerikanischen Migranten 0,7% der Bevölkerung dieser Weltregion ausmachten, waren es 1990 schon 2,5%. Das durchschnittliche jährliche Wachstum an lateinamerikanischen Migranten liegt demnach (mit 6,6%) weit über dem durch-

schnittlichen Bevölkerungswachstum von 1,8% (Pellegrino 2000: 395-408).

In mehrerlei Hinsicht hat (im Vergleich zu früheren Migrationsmustern) die zunehmende Globalisierung mit ihrer internationalen Arbeitsteilung neue Migrationstypen hervorgebracht: Schon lange nämlich gibt es nicht mehr einen einzigen Migrationstyp, sondern eine breite Palette höchst unterschiedlicher Wanderungsformen. Neben die 'klassische' Zuwanderung mit permanentem Charakter sind temporäre und saisonale Formen von Arbeitsmigration, Kettenwanderungen, Pendel- und Transitmigrationen, vor allem vielfältige Formen 'nicht-dokumentierter' Zuwanderung getreten. Für die Entsendeländer ist außerdem die Abwanderung hochqualifizierter, aber schlecht bezahlter Experten (*brain drain*) eine besonders schmerzliche Form der Migration.

Dieser gewaltige Migrationsschub des letzten Jahrzehnts ist ein auffälliges Phänomen, das in der Literatur mit den massiven weltwirtschaftlichen Veränderungen erklärt wird. Denn: Nicht Armut schlechthin führt zur Abwanderung. Vielmehr führt ökonomische Integration unter bestimmten abhängigen Bedingungen zu sozialer Desintegration und damit zu Migration; es ist somit die vorangegangene (Zer-)Störung ihres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Milieus, die Menschen wandern lässt. Dass untergeordnete Integration in die internationale Arbeitsteilung innere Ungleichgewichte schafft oder verstärkt, lässt sich am mexikanischen Beispiel gut belegen:

Seit Beginn der 1990er Jahre öffnete sich Mexiko dem Weltmarkt; zugleich wurde Art. 27 der Verfassung modifiziert und damit die Landreform der mexikanischen Revolution definitiv für beendet erklärt. Diese auf Druck internationaler Agenturen zu Stande gekommene Eliminierung nicht-marktkonformer Aspekte der mexikanischen Verfassung gefährdete bzw. zerstörte die ländliche Existenzgrundlage von Millionen Menschen. Im letzten Jahrzehnt haben 500.000-750.000 Subsistenzbauern Mexikos die Landwirtschaft verlassen; andere Schätzungen sprechen von noch weit höheren Zahlen. Mittelfristig dürften bis zu fünf Millionen Familien ihre bäuerliche Existenzgrundlage verlieren. Die Folge dieser landwirtschaftlichen Krisensituation war ein überdurchschnittlicher Anstieg der Binnenmigration in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Die Zahl der neuen Binnenmigranten stieg pro Jahr um mehr als 700.000; damit hat sich die Zahl

der Binnenwanderer in nur fünf Jahren um ein Viertel auf 17,6 Millionen erhöht. Auch die deutlich gestiegene Auswanderung in die USA ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Zur Zeit wandern jährlich 300.000 Mexikaner Arbeit suchend (und zum größeren Teil illegal) in die USA ab; in den folgenden Jahren wird diese Zahl auf 500.000 pro Jahr ansteigen (Cornelius/Bustamante 1989).

Diese Beispiele lassen deutlich werden, dass Lateinamerika wohl noch für lange Zeit, zumindest bis eine Angleichung der Lebensverhältnisse erreicht ist, ein Auswanderungskontinent bleiben wird. Die grenzüberschreitende Massenmigration aus ökonomischen Gründen ist seit den 1990er Jahren zu dem vielleicht bedeutendsten sozialen Phänomen des lateinamerikanischen Subkontinents geworden. Angesichts des sich tendenziell verstärkenden Globalisierungsdrucks, rigider wirtschaftlicher Anpassungsprozesse und struktureller Ungleichgewichte wird der starke Migrationsdruck in der Region anhalten.

Für dieses Massenphänomen der Migrationen hat die traditionelle Staatsgrenze keinerlei Bedeutung; die Dynamik der Entwicklung ging in den letzten Jahrzehnten zunehmend über die Staatsgrenzen hinweg. Hinzu kommt, dass die veränderten Verflechtungen der zunehmend entterritorialisierten Weltwirtschaft die staatlichen territorialen Grenzen überspielen, die angesichts der frei beweglichen Wirtschaftspotenzen von den Staaten nur noch teilweise als wirtschaftspolitische Barrieren eingesetzt werden können. Zugleich jedoch verstärken – sozusagen als Gegenbewegung – die Süd-Nord-Wanderungen, die durch Armutsgefälle ausgelöst sind, die ordnungs- und sicherheitspolitischen Maßnahmen zur Abschottung der Grenzen (Sandner 1992: 91).

Allerdings kommt es zu Funktionserweiterungen: Das Zustandekommen einer spezifischen Grenze ist mechanistisch aus Druck und Gegendruck nationaler Raumokkupation erklärt worden. Diesem eher kartographischen Ansatz ist ein anderes Konzept entgegengestellt worden: die Grenze als sozialer Raum, der durch hoheitliche Demarkationen nur unvollkommen zerschnitten wird und in dem oft eine binationale Grenzgesellschaft eigenen Gepräges entsteht (Ancel 1938: 182ff.). Für den zentralamerikanischen Raum etwa hat Gerhard Sandner darauf hingewiesen, dass Erschließung und Ressourcenausbeutung primär von außen, durch externe Durchdringung mit *de facto*- und Quasi-Protektoraten erfolgten. Unter diesen Entwicklungen vollzog sich sodann eine Umwertung zwischen Grenzlinie und Grenzraum.

Lange Zeit dominierte ein pragmatischer Umgang mit dem Widerspruch zwischen einer faktisch undefinierten Übergangszone und einer staatlich 'von oben' verwalteten Grenzlinienfixierung. Inzwischen jedoch ist aus dem eher abstrakten *límite*-Problem ein *frontera*-Problem geworden; aus breiten Grensräumen entwickelten sich *zonas fronterizas*, Grenzzonen. Das aber bedeutet eine tiefgreifende Änderung im räumlich-historischen Selbstverständnis. Raumerschließung unter Bevölkerungsdruck und Herausbildung von *frontera*-Situationen haben einen Umbau eingeleitet, in dem die *frontera* näher gerückt und gefährdet erscheint.

Im Zuge dieser Entwicklung ging es bei den Debatten nicht mehr um die Durchsetzung historisch angeblich legitimierter Ansprüche, sondern um flächenhafte Wahrnehmung der Grensräume. Es kam zu grenzüberschreitenden Projekten, etwa zwischen Costa Rica und Panama, oder im Grenzraum Costa Rica–Nicaragua im Rahmen des Zentralamerikanischen Gemeinsamen Marktes. Zahlreiche grenzüberschreitende Verflechtungen wie die Nutzung verbesserter Infrastruktur in Costa Rica durch Bewohner Panamas, die Arbeiterwanderung oder der Schmuggel- und Rauschgifthandel belegen die zunehmende Bedeutung des Grenzraums. Hinzu kamen geopolitisch-strategische Veränderungen: Mit der Machtübernahme in Nicaragua durch die Sandinisten 1979 wurde Costa Rica in der Logik des *containment* zum Frontstaat und der nördliche Grenzraum zur *frontera*. Mit dem Dissens zwischen den USA und Panama unter General Manuel Noriega 1989 entwickelte sich gegenüber Panama eine nicht ganz so ausgeprägte, im Grenzraum aber ebenfalls wirksame Frontsituation. Seither wurde in Costa Rica der Gedanke der Grenzraumsicherung aufgenommen, die *frontera*-Zonen sind in den Mittelpunkt der Wahrnehmung gerückt.

Die lateinamerikanischen Staaten sind heute immer weniger in der Lage, ihre territoriale Souveränität im Sinne voller Kontrolle über ihr Gebiet und ihre Ressourcen durchzusetzen. Die neoliberalen Wirtschaftsreformen entziehen dem Staat viele seiner traditionell verfügbaren Ressourcen. Die Staaten bleiben zwar Akteure, aber die Tendenz zur wirtschaftlichen Liberalisierung nimmt ihnen die (oft nur vermeintliche) Verfügungsgewalt über ihre herkömmlichen Ressourcen. Da viele Staaten die Entwicklung innerhalb ihrer Grenzen nicht mehr souverän steuern können, verlieren die Grenzen faktisch weiter

an Bedeutung – angesichts der tagtäglichen Invasion ökonomischer Interessen aus dem Ausland, der soziokulturellen Einflüsse (vor allem aus den USA), der grenzüberschreitenden Umweltzerstörungen.

All die nach Intensität und Stil sich verändernden Grenzüberschreitungen schwächen die Doppelfunktion territorialer Grenzen als Abschottung nach außen und Zusammenfassung nach innen. Sie lösen Veränderungen der soziokulturellen und wirtschaftlichen Strukturen vor allem in Grensräumen, aber auch darüber hinaus aus. Nun sollte daraus allerdings nicht der Schluss gezogen werden, dass sich Lateinamerika in einem Prozess der Abschaffung von Grenzen à la Schengen in der Europäischen Union befindet. Aus dem Bewusstsein der politischen Impotenz könnte eher eine erneute und verstärkte Betonung von Grenzen folgen. Die Ambivalenz der Entwicklung könnte gerade darin bestehen, dass aus der zunehmenden faktischen Relativierung der Grenzen deren staatsrechtliche Betonung resultiert, dass die politische Handlungsunfähigkeit eher Aggressivität hervorruft. Eine solche Interpretation kann als Beleg zumindest darauf verweisen, dass die grenzpolitischen Konflikte in Lateinamerika bis in die Gegenwart von allen Staaten intensiv weitergepflegt werden, wovon die jüngsten Proteste in Bolivien für die Wiederherstellung eines Zugangs zum Pazifik nur ein aktuelles Beispiel sind. Auch die nationale Reklamierung von Wirtschaftszonen in den Meeren nach territorialistischen Konzepten ist eine maritime Verlängerung älterer Grenzkonflikte mit neuer Dimension.

Die weitere Entwicklung präsentiert sich in Lateinamerika somit offen. Einerseits ist in Anbetracht der globalen, von einem Einzelstaat nicht zu kontrollierenden Entwicklungen, eine zunehmende Relativierung von Staatsgrenzen wahrscheinlich, andererseits ist es durchaus möglich, dass eben dieser Bedeutungsverlust der traditionellen Grenzfunktionen zu einer Betonung der hoheitlichen Grenzen durch die zunehmend geschwächten politischen Akteure der Staaten führt. Die soziale Konstruktion von Grenzen kann an Bedeutung zunehmen. Gemeint ist die Tatsache, dass zwischenstaatliche Grenzen noch weiter mit Werten, Bedeutungen und Symbolen aufgeladen werden, die zur Mobilisierung von Völkern eingesetzt werden. Solcherart mentale Grenzen sind, wenn auch nicht so evident wie die rechtlich fixierten, ebenfalls von Menschen geschaffene Grenzen. Sie ergeben sich aus einer spezifischen Wahrnehmung des Raums durch den Menschen, die

ihn mehr oder weniger deutlich Übergänge vom Eigenen zum Fremden und Schwellen erleben lässt, die über Jahrhunderte hinweg zu gewissen erfahrungsmäßigen Grenzen geführt haben. Müssen wir von einer Dialektik der (Staats-)Schwäche sprechen? Sind die lateinamerikanischen Staaten zu schwach, um auf die Symbolkraft ihrer historischen Grenzen und ihre nach Innen identitätsstiftende Funktion verzichten zu können? Vieles spricht dafür, dass in absehbarer Zukunft diese Ambivalenz fortbestehen wird.

Literaturverzeichnis

- Ancel, Jacques (1938): *Géographie des frontières*. Paris: Malicorne-sur-Sarthe.
- Bannon, John Francis (Hrsg.) (1968): *Bolton and the Spanish Borderlands*. Norman: University of Oklahoma Press.
- Baudot, Georges (1990): "La frontera imaginada. Fronteras políticas y fronteras imaginarias en la fundación de la América virreinal". In: *Memoria del I Congreso Internacional sobre Fronteras en Iberoamérica Ayer y Hoy*. Mexicali: Universidad Autónoma de Baja California, Bd. I, S. 33-45.
- Christelow, Allan (1942): "Contraband trade between Jamaica and the Spanish Main, and the Free Port Act of 1766". In: *Hispanic American Historical Review*, Bd. 22, S. 309-343.
- Cook, Warren L. (1973): *Flood tide of Empire. Spain and the Pacific Northwest, 1543-1819*. New Haven: Yale University Press.
- Cornelius, Wayne A./Bustamante, Jorge A. (1989): *Mexican Migration to the United States. Origins, Consequences and Policy Options*. San Diego: Center for US-Mexican Studies.
- Davenport, Frances Gardiner (Hrsg.) (1917-1937): *European Treaties Bearing on the History of the United States and its Dependencies*, 4 Bde. Washington: Carnegie Institution.
- Demandt, Alexander (1990): "Die Grenzen in der Geschichte Deutschlands". In: Demandt, Alexander (Hrsg.): *Deutschlands Grenzen in der Geschichte*. München: Beck, S. 9-32.
- Duroselle, Jean-Baptiste (1992): *Tout Empire périra: Théorie des relations internationales*. Paris: Armand Colin.
- Fisch, Jörg (1984): *Die europäische Expansion und das Völkerrecht. Die Auseinandersetzungen um den Status der überseeischen Gebiete vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Wiesbaden: Steiner.
- Foucher, Michel (1986): *L'invention des frontières*. Paris: Les Sept Epées.
- Foweraker, Joe (1981): *The Struggle for Land. A Political Economy of the Pioneer Frontier in Brazil from 1930 to the Present Day*. Cambridge: University Press.

- García Gallo, Alfonso (1957/58): "Las bulas de Alejandro VI. y el ordenamiento jurídico de la expansión portuguesa y castellana en Africa e Indias". In: *Anuario de Historia del Derecho Español*, Bd. 27/28, S. 461-829.
- Gibson, Charles (1964): *The Aztecs under Spanish Rule. A History of the Indians of the Valley of Mexico, 1519-1810*. Stanford: University Press.
- Hampden, John (Hrsg.) (1977): *Sir Francis Drake. Pirat im Dienst der Queen. Berichte, Dokumente und Zeugnisse des Seehelden und seiner Zeitgenossen 1567-1596*. Tübingen: Thienemann.
- Hanke, Lewis (Hrsg.) (1964): *Do the Americas Have a Common History? A Critique of the Bolton Theory*. New York: Knopf.
- Hellwege, Johann D. (1976): "Frontier und Conquista. Zur amerikanischen Entwicklungsdivergenz am Beispiel eines fragwürdigen historischen Vergleichs". In: *Ibero-Amerikanisches Archiv N.F.*, Jg. 2, H. 1, S. 1-37.
- Hennessy, Alistair (1978): *The Frontier in Latin American History*. Albuquerque: University of New Mexico Press.
- Kahle, Günter (1993): *Lateinamerika in der Politik der europäischen Mächte 1492-1810*. Köln: Böhlau.
- Marchal, Guy P. (1996): "Grenzerfahrung und Raumvorstellungen". In: Marchal, Guy P. (Hrsg.): *Grenzen und Raumvorstellungen (11.-20. Jh.)*. Zürich: Chronos, S. 11-25.
- Menzel, Ulrich (1992): *Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorien*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Osterhammel, Jürgen (2000): "Raumbeziehungen. Internationale Geschichte, Geopolitik und historische Geographie". In: Loth, Wilfried/Osterhammel, Jürgen (Hrsg.): *Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten*. München: Oldenbourg, S. 287-308.
- Pellegrino, Adela (2000): "Trends in International Migration in Latin America and the Caribbean". In: *International Social Science Journal* 52, S. 395-408.
- Rein, Adolf (1930): "Zur Geschichte der völkerrechtlichen Trennungslinie zwischen Amerika und Europa". In: *Ibero-Amerikanisches Archiv*, Bd. 4, S. 530-543.
- Ricard, Robert (1952): "Los portugueses en las Indias españolas". In: *Revista de Historia de América* (México), Bd. 34, S. 449-456.
- Romero Navarrete, Lourdes/Echenique March, Felipe (1990): "Antecedentes de las fronteras hispanoamericanas". In: *Memoria del I Congreso Internacional sobre Fronteras en Iberoamérica Ayer y Hoy*. Mexicali: Universidad Autónoma de Baja California, Bd. II, S. 121-128.
- Sánchez-Albornoz, Nicolás (1994): *La población de América Latina. Desde los tiempos precolombinos al año 2025*. Madrid: Alianza.
- Sandner, Gerhard (1990): "Junge Wandlungen in den Grenzräumen Costa Ricas unter geopolitischen Einflüssen". In: Ellenberg, Ludwig/Bergemann, Anneliese (Hrsg.): *Entwicklungsprobleme Costa Ricas*. Saarbrücken: Verlag für Entwicklungspolitik, S. 255-273.
- (1992): "Die Territorialgrenze als Trennlinie und Zusammenfassung in Anglo- und Lateinamerika. Ein Vergleich aus politisch-geographischer Sicht". In: Rein-

- hard, Wolfgang/Waldmann, Peter (Hrsg.): *Nord und Süd in Amerika. Gemeinsamkeiten – Gegensätze – Europäischer Hintergrund*. Freiburg im Breisgau: Rombach, S. 78-95.
- Schmitt, Carl (1950): *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Ius Publicum Europaeum*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Toennes, Achim (1998): "Die 'Frontier': Versuch der Fundierung eines Analyse-Konzepts". In: *Jahrbuch für Geschichte Lateinamerikas* 35, S. 281-300.
- Turner, Frederick Jackson (1985): *The Frontier in American History*. Malabar: University of Arizona Press.
- (1986): *La frontera en la historia americana*. San José: Universidad Autónoma de Centroamérica.
- Waechter, Matthias (1996): *Die Erfindung des amerikanischen Westens. Die Geschichte der Frontier-Debatte*. Freiburg im Breisgau: Rombach.
- Walker, Geoffrey J. (1979): *Spanish politics and Imperial trade, 1700-1789*. Bloomington: Indiana University Press.
- Weber, David J./Rausch, Jane M. (Hrsg.) (1994): *Where Cultures meet. Frontiers in Latin American History*. Wilmington: SR Books.
- Wilgus, Curtis A. (Hrsg.) (1969): *Historical Atlas of Latin America*. New York: Cooper Square Publisher.
- Wolff, Inge (1965): "Die 'Grenze' in Hispano-Amerika". In: *Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas* 2, S. 429-438.